

1000 KREUZE IN DIE SPREE!

Abtreibungsverbote abschaffen - Gegen christlichen Fundamentalismus

Für den 18. September 2010 mobilisiert der Bundesverband Lebensrecht zu einem „Schweigemarsch“ mit dem Titel „1000 Kreuze für das Leben“. Damit wollen die selbst ernannten Lebensschützer für ein generelles Verbot von Abtreibungen demonstrieren.

Wir rufen dazu auf, dem Marsch der Fundamentalist_innen laut und mit vielfältigen Aktionen entgegenzutreten und fordern:

- Streichung des Paragraphen §218 aus dem Strafgesetzbuch
- Entscheidungsfreiheit für oder gegen eine Abtreibung ohne Bevormundung
- Die Verwirklichung des Rechts auf freie Familienplanung und Sexualität für alle, ohne dabei die Freiheiten anderer einzuschränken

Die Gruppen und Organisationen, die sich am „Schweigemarsch“ beteiligen, betrachten jeden Schwangerschaftsabbruch als „vorgeburtliche Kindstötung“, die verboten und bestraft gehöre. Sie sprechen damit allen Menschen und vor allem Frauen das Recht ab, über ihr Leben und ihren Körper selbst zu bestimmen. Um diese Meinung in der Öffentlichkeit zu verankern, verbreiten die selbst ernannten „Lebensschützer“ Unwahrheiten: Sie verdreifachen die Anzahl der Abtreibungen in der BRD und warnen vor dem „Post-Abortion-Syndrom“, einer angeblich durch Schwangerschaftsabbrüche ausgelösten psychischen Störung.

Anders als oft angenommen, gilt eine Abtreibung in der BRD weiterhin als Straftat, die nur unter bestimmten Voraussetzungen nicht strafrechtlich verfolgt wird. Wer abtreiben will, muss sich zwangsweise beraten lassen und danach drei Tage warten, bevor der Eingriff vorgenommen wird. Das alles muss in den ersten zwölf Wochen der Schwangerschaft geschehen – es sei denn, es wird eine „Gefahr für die psychische und physische Gesundheit“ der Frau festgestellt.

Oft sind aber „Schädigungen“ des Fötus, die in vorgeburtlichen Untersuchungen festgestellt werden, der eigentliche Grund für einen Abbruch nach der zwölften Woche. Frauen werden immer mehr für die Gesundheit und „Qualität“ ihres Nachwuchses zur Verantwortung gezogen und zu solchen Untersuchungen gedrängt. Dass sie ein Recht auf Nichtwissen haben, wird meist nicht erwähnt.

Zeit und Ort der Kundgebungen

12:00 Uhr: Alexanderplatz

14:45 Uhr: Bebelplatz

Aktuelle Informationen zu den Kundgebungen und Veranstaltungen unter:
<http://no218nofundis.wordpress.com>

Die selbst ernannten „Lebensschützer“ sind Teil des christlichen Fundamentalismus. Sie kämpfen für eine Gesellschaft, die auf der bürgerlichen Kleinfamilie, einer rigiden Sexualmoral, Verbot von Homosexualität und auf Schicksals- und Obrigkeitsergebenheit beruht. Sie behaupten, sie agierten gewaltfrei, doch – z.B. in den USA – blockieren Abtreibungsgegner_innen Kliniken und bedrohen, nötigen und verletzen dabei sowohl Ärzt_innen als auch Frauen, die abtreiben wollen. Aus ihren Reihen werden auch Morde verübt: Zuletzt im April wurde ein „Lebensschützer“ verurteilt, der im vergangenen Jahr einen prominenten Abtreibungsarzt in Kansas erschoss.

Auch in der BRD und Österreich werden Frauen, die Abtreibungskliniken aufsuchen, teilweise durch sogenannte „Gehsteigberatung“ eingeschüchtert und bedrängt; Ärzt_innen als „Massentöter“ diffamiert. Gruppen und Personen, die sich für ein liberales Abtreibungsrecht einsetzen, werden beschimpft und bedroht. Dabei können sich die „Lebensschützer“ einer wachsenden gesellschaftlichen Akzeptanz sicher sein. Das Bundesverfassungsgericht wies Ende Juni die Klage eines Münchner Frauenarztes gegen einen „Gehsteigberater“ zurück, unter anderem mit der Begründung, dieser spreche „mit dem Thema der Schwangerschaftsabbrüche einen Gegenstand von wesentlichem öffentlichem Interesse an“. Der neue Bundespräsident Christian Wulff unterstützt sowohl den „Arbeitskreis Christlicher Publizisten“ als auch den Missionsverein „Pro Christ“, die sich gegen Homosexualität und Abtreibung einsetzen und ein frauenfeindliches Menschenbild vertreten.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der weder christliche Moralvorstellungen noch staatliche Zugriffe über das Leben und den Körper von Menschen bestimmen. Frauen sollen auf Grund einer Abtreibung weder gesundheitliche noch rechtliche oder ökonomische Nachteile im Kauf nehmen müssen. Die Entscheidung für oder gegen eine Schwangerschaft soll ohne Eingriff oder Belehrungen des Staates und ohne Angst vor moralischer Verurteilung möglich sein. Wir wollen eine Gesellschaft, in der eine Behinderung kein Problem oder Defizit darstellt. Keine Frau soll sich „verpflichtet“ fühlen, abzutreiben, weil eine Behinderung des späteren Kindes wahrscheinlich erscheint.

Aufrufer_innen:

AK Linker Feminismus^(aklf), Antifaschistisches Bündnis Süd-Ost^(ABSÖ), LaD.I.Y.fest Berlin, Emanzipative Antifaschistische Gruppe^(EAG), Autonome Neuköllner Antifa^(ANA), Antifa Prenzlauer Berg^{apb}, FAQ-Infoladen, Forschungsgruppe Christlicher Fundamentalismus